

Name, Vorname und Anschrift Antragsteller/in	Eingangsstempel der Ortsbehörde	Eingangsstempel der unteren Wasserbehörde
	Az.:	Az.:

Kreis Kleve
 - Untere Wasserbehörde
 -Postfach 15 52

über die
 Stadt- / Gemeindeverwaltung

47515 Kleve

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Benutzung eines Gewässers (Gewässerbenutzungen gem. §§ 9 und 57 WHG)

Für die nachstehend bezeichnete Gewässerbenutzung im Sinne des § 9 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) - WHG - beantrage ich hiermit die wasserrechtliche Erlaubnis.

1. Bezeichnung der Gewässerbenutzung

1.1 Niederschlagswassereinleitung / Versickerung von _____ m² Dachflächen

- in das Grundwasser
 in einen Wasserlauf, Gewässerbezeichnung _____

1.2 Das auf den übrigen _____ m² befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser wird wie in den Plänen dargestellt

- nicht gesammelt und daher großflächig versickert
 an den öffentlichen Regen-/Mischwasserkanal angeschlossen

2. Angaben zum Grundstück

2.1 Gemeinde _____ Straße, Haus-Nr. _____
 Gemarkung _____ Flur, Flurstück _____

2.2 Versickerung/Einleitung auf dem Grundstück
 Gemarkung _____ Flur, Flurstück _____

2.3 Bezeichnung bzw. Nutzung der baulichen Anlagen/des Grundstücks (bezogen auf die Gewässerbenutzung)
 Beispiele: Hausgrundstück, Gewerbebetrieb o.ä.

2.4 Steht die Gewässerbenutzung mit einer Baumaßnahme im Zusammenhang? Ja Nein

2.5 Die Anlage zur Gewässerbenutzung (Versickerung/Einleitung) ist

- vorhanden seit _____
 geplant.

2.6 Wurde für das Grundstück bereits eine wasserrechtliche Erlaubnis zur Schmutzwasser-/Regenwasserbeseitigung erteilt? Nein Ja, Aktenzeichen _____

3. Bezeichnung der zur Gewässerbenutzung vorgesehenen Anlagen nach ATV-A 138

- Rohrversickerung
 - Rigolenversickerung
 - Sickerschacht
 - Muldenversickerung
 - Flächenversickerung
 - andere Anlage, Beschreibung _____
-

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/in

Stellungnahme Grundstückseigentümer/in

(Nur erforderlich, wenn Antragsteller/in nicht Eigentümer/in des Baugrundstücks, des zur Durchleitung oder der Einleitung in Anspruch zu nehmenden Grundstücks oder des Gewässers, in welches eingeleitet werden soll, ist.)

Als Eigentümer/in des Baugrundstücks/Einleitungs- bzw. Durchleitungsgrundstückes/Gewässers erkläre ich mich ausdrücklich mit dem vorbezeichneten Entwässerungsvorhaben einverstanden.

Eigentümer/in des/der Grundstücks/e zu **2**.

Ort, Datum

Unterschrift Grundstückseigentümer/in

Stellungnahme der Stadt/Gemeinde

Das Bauvorhaben befindet sich

- im Außenbereich (§ 35 BauGB).
- innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils (§ 34 BauGB).
- im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes (§ 30 BauGB).

Ist im Zuge des Bebauungsplanverfahrens eine hydrogeologische Untersuchung zur Versickerung von Niederschlagswasser durchgeführt worden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Sind im Bebauungsplan Festsetzungen bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung getroffen worden? Wenn ja, welche?

Die Stadt/Gemeinde verzichtet auf den Anschluss- und Benutzungszwang

- Ja
 - Nein, Begründung: _____
-